

Statement Jahres-Pressekonferenz 25. Juli 2019, Berlin

Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin Brot für die Welt

Es gilt das gesprochene Wort

Herzlich willkommen zur Jahres-Pressekonferenz von Brot für die Welt. Vielen Dank für Ihr Interesse.

Bis 2030 soll der Hunger beendet werden. Darauf hat sich die Völkergemeinschaft 2015 in den nachhaltigen Entwicklungszielen gemeinsam verpflichtet. Die Zahl der Hungernden steigt nach längerem Rückgang seitdem aber wieder an. Mehr als 821 Millionen Menschen litten im vergangenen Jahr an Hunger und Unterernährung, wie die Welternährungsorganisation FAO vor wenigen Tagen bekannt gegeben hat. Das ist ein Anstieg um knapp zehn Millionen oder 1,3 Prozent.

Der Klimawandel ist laut FAO - neben bewaffneten Konflikten - eine der Hauptursachen für die weltweite Zunahme des Hungers. Ohne entschiedene Eindämmung wird es kaum Entwicklungsfortschritte geben. Deshalb ist der Kampf gegen den Klimawandel für Brot für die Welt ein zentrales Anliegen – ein Gerechtigkeitsanliegen. Die Folgen des Klimawandels treffen vor allem, d.h. zu ca. 90 Prozent, die Menschen, die den Klimawandel am wenigsten verursacht haben. Und sie treffen sie in ihrer Existenz. Die Länder und Menschen, die am allerwenigsten Ressourcen haben und über keinerlei Reserven verfügen, müssen die gigantischen Kosten tragen, die unser Lebensstil im Norden verursacht, um Katastrophen zu bewältigen und ihre Lebens- und Wirtschaftsweise den neuen Bedingungen anzupassen und Menschen umzusiedeln. Die Verursacher fragen sie nicht, ob die vom Klimawandel Hauptbetroffenen solch gewaltige Veränderungsprozesse wollen, sie bewältigen können, sie „sozial verträglich“ gestalten können. Sie zeigen – bei den internationalen Klimaverhandlungen – wenig Intention, diejenigen Menschen wie Regierungen, denen sie unwiderbringliche Schäden und Verluste beigelegt haben, zu entschädigen. Zu wenig Mittel sind international zugesagt für Maßnahmen zur unvermeidlichen Anpassung, noch gar keine, um die Verluste und Schäden wett zu machen. Und selbst die zugesagten Mittel fließen in viel zu geringem Umfang. Wir muten Milliarden Menschen dramatische Transformationsprozesse in aller kürzester Frist und ohne finanzielle Unterstützung zu, statt uns selbst zu bewegen.

Die Weltbank hat 2017 in einer Studie für die deutsche G20-Präsidentschaft errechnet, dass Extremereignisse wie Wirbelstürme, Starkregen, Überschwemmungen, Dürren und Hitzewellen sowie die Verschiebung von Jahreszeiten weltweit Vermögensverluste von inzwischen mehr als 300 Milliarden US-Dollar jährlich verursachen. Die Kosten des Klimawandels, die weltweit entstehen, wenn nichts getan oder weiter gezauert wird, werden aber ausgeblendet. Auch im eigenen Land entstehen jährlich immer höhere Kosten für die klimabedingten Hitze-Schäden in der Land- und Forstwirtschaft, Wasserversorgung, Binnenschifffahrt etc. – nicht zu reden von den Flutregionen in Bayern, an Donau, Elbe und Oder, am Rhein. Wenn der Klimawandel nicht rasch gebremst wird, werden diese Kosten die öffentlichen Haushalte immer stärker belasten. Statt diese Kosten der Öffentlichkeit offen zu legen, werden aus parteitaktischen Gründen die Strukturanpassungskosten in Kohlebergbauregionen zu einem kaum zu bewältigenden Problem hochstilisiert. Man schiebt den Kohleausstieg und andere dringend erforderliche Maßnahmen, um die Erderwärmung unter 1,5 Grad zu halten, immer weiter nach hinten.

Leider ist – allen Zusagen beim Pariser Klima-Abkommen und bei den folgenden Konferenzen zum Trotz – bisher viel zu wenig geschehen. Es braucht endlich eine mutige Politik, um den Klimawandel

einzdämmen. Hier muss die Bundesregierung ihr Zögern aufgeben und einen klaren Kurs einschlagen. Je weniger wir heute gegen den Klimawandel tun, um so teurer kommt er Alle zu stehen. Die Bundesregierung muss ihren gesetzlich verankerten Kohleausstieg jetzt auf den Weg bringen. Wir brauchen einen zügigen Einstieg in den Ausstieg und zwar auf Grundlage der 1,5-Grad-Erderwärmungs-Grenze. Mit Blick auf das Klimaziel 2020 muss die Hälfte der Kohlekraftwerke kurzfristig vom Netz, und der Kohleausstieg muss deutlich vor 2038 vollzogen sein. Damit Deutschland sein Klimaziel, die Treibhausgase um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, so schnell wie möglich erreichen kann, benötigen wir ein Klimaschutz-Sofortprogramm und einen verbindlichen Reduktionspfad für alle Sektoren, sowie eine ehrliche Bepreisung aller CO₂-Emissionen. Dass die Ausstiegs- und Veränderungsszenarien sozial, fair und gerecht gestaltet werden müssen, ist für uns keine Frage. Das gilt sowohl im eigenen Land wie weltweit.

Auch international brauchen wir Vorreiterallianzen für entschiedenes Handeln. Viele Regierungen und Gesellschaften weltweit blicken auf uns als Hoffnungsträger, um dem Klimawandel entschlossen entgegen zu treten. Es ist wichtig, dass die Kanzlerin beim Klima-Sondergipfel der Vereinten Nationen im September mit konkreten Ankündigungen für mehr Ambition Vertrauen in den klimapolitischen Prozess schafft und deutliche Signale sendet, dass niemand in der Klimakrise zurückgelassen wird. Beim nächsten UN-Klimagipfel in Chile sollte Deutschland gemeinsam mit der EU ambitionierte Umsetzungsschritte für das Paris-Abkommen und die Anliegen der ärmsten und verletzlichsten Staaten unterstützen. Die neu gewählte EU-Kommissionspräsidentin hat ehrgeizige Maßnahmen angekündigt - wir nehmen sie beim Wort!

Die Projektarbeit von Brot für die Welt zur Anpassung an den Klimawandel

Brot für die Welt setzt gemeinsam mit Partnerorganisationen auf Klimakatastrophenvorsorge und auf Resilienz, d.h. Stärkung der Überlebens- und Widerstandsfähigkeit in klimatisch sehr harten Zeiten, sowie auf Anpassungsmaßnahmen der Lebens- und Wirtschaftsweise. Das ist mittlerweile Teil sehr vieler Projekte weltweit.

Darüber hinaus haben Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe in einem gemeinsamen Modellvorhaben mit ihren lokalen Partnern in Indonesien, Bangladesch, Äthiopien und Guatemala „Leuchtturmprojekte“ geschaffen. Ein Beispiel aus Äthiopien: Im Hochland im Distrikt Legambo wurden Bauernfamilien durch die Mekane Yesus Kirche geschult, wie sie besser mit den Klimarisiken Dürre oder Frost umgehen können. So bauen sie jetzt wieder eine alte einheimische Weizensorte an. Sie haben Flachbrunnen errichtet und Hänge durch Aufforstungsmaßnahmen stabilisiert. Verschiedene Früchte anzubauen, macht weniger anfällig für Ernteauffälle und schafft obendrein neue Einkommensquellen.

Ob schwimmende Reisbeete, die es ermöglichen auch in Überflutungsgebieten Reis anzubauen, oder die Wiederaufforstung steiler Berghänge, um Erosion und Überschwemmungen zu mildern: Es geht darum, die Risiken des Klimawandels für besonders verletzbare Bevölkerungsgruppen zu reduzieren. Projekte wie diese sind auf einen Zeitraum von zehn bis zwölf Jahren angelegt und sollen helfen, die Anpassung an den Klimawandel im Verbund von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zu bewerkstelligen.

Migration und Flucht

Mit Sorge erfüllt uns, dass die Zahl der Menschen auf der Flucht weltweit weiter steigt und dass wir in Europa nicht nur bis zum heutigen Tag unfähig zu humanen Antworten auf die Schutzansprüche der Flüchtenden sind, sondern immer noch inhumaner werden: mit der Beendigung der staatlichen europäischen Seenotrettung ‚Sophia‘ im März diesen Jahres, mit der Diffamierung und Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung, mit der Konfiszierung ihrer Boote und schließlich mit der Schließung der Seehäfen Italiens. Zig Millionen Euro werden in Antiterrormaßnahmen zur Sicherheit europäischer Bürger gesteckt - Sicherheitsvorkehrungen für Menschen in Seenot werden gegen Null gefahren. Im Gegenteil, mit den hohen Geldstrafen gegen private Seenotretter wegen des Rettens von Menschenleben wird sogar noch Geld gemacht. Das ist mit gesundem Menschenverstand und Moral nicht mehr zu fassen. Dass man Menschen auf dem Weg nach Europa absichtsvoll, nämlich zur Abschreckung, sterben läßt, ist ein humanitäres Armutszeugnis für die EU, mit der sie die Werte und Ziele verrät, um deretwillen sie gegründet wurde. Bis jetzt ist keine Lösung in Sicht: Es bedurfte der Zivilcourage der jungen Kapitänin Rackete, dass wenigstens eine gesellschaftliche Debatte über Migration und Menschlichkeit angestoßen wurde und die Innen-, Justiz- und Außenminister einen neuen Anlauf unternommen haben, die Aufnahme- und Verteilmodalitäten zu regeln. Bei allem

Wohllwollen gegenüber der Initiative Deutschlands und Frankreichs, eine Übergangslösung für die Seenotrettung zu finden, bleibt zu kritisieren, dass Innenminister Seehofer erneut ausdrücklich betont hat, dass auch nicht-europäische Häfen als sicher einzustufen seien und die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache weiterhin nicht zur Disposition stehe. Immerhin sieht es so aus, als sei beim Treffen der Außenminister in Paris ein Kompromissvorschlag zur Verteilung von Geflüchteten und Migrantinnen angenommen worden, weitere Gespräche sollen im September stattfinden.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat mit ihrer Initiative, ein neues Seawatch-Schiff zur Seenotrettung im Mittelmeer mit anschaffen zu wollen, ein wichtiges Zeichen gegen eine solche menschenverachtende Politik gesetzt. Diese Initiative hat eine wichtige ethische Symbolkraft, löst die zugrundeliegenden Probleme jedoch nicht. Deshalb ist es als Ergänzung gut, dass die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), die Kirchliche Kommission für Migrantinnen in Europa (CCME) und ACT EU, der europäische Zweig des globalen Netzwerkes evangelischer humanitärer und Entwicklungshilfsorganisationen ACT Alliance, dem auch Brot für die Welt angehört aus Anlass der Innen- und Justizministerkonferenz in Finnland in der vergangenen Woche in so nie dagewesener Gemeinsamkeit der Kirchen Europas einen dramatischen Appell an diese Ministerkonferenz gerichtet haben. Mit ihnen appellieren wir an die politisch Verantwortlichen in der deutschen Bundesregierung und in der EU, folgende Maßnahmen einzuleiten:

- Zur Seenotrettung verpflichten, Lebensrettung nicht unter Strafe stellen
- EU-Notfallplan für Bootsflüchtlinge und neues EU-weites, freiwilliges Relocation-Programm auf den Weg bringen
- Kooperation mit Libyen beenden und keine weiteren Abkommen mit Anrainerstaaten schließen: Keine Zusammenarbeit der Europäischen Mitgliedstaaten mit der libyschen Küstenwache, Bootsflüchtlinge dürfen nicht an ihre Peiniger in libyschen Lagern zurücküberstellt werden, wo ihnen jeglicher Schutz verwehrt wird.
- Sichere legale Migrationswege schaffen
- Evakuierung von Migrantinnen, Migrantinnen und Geflüchteten aus dem Krisengebiet in Libyen in einer konzertierten Aktion internationaler Organisationen incl. der EU

Leider führt – kaum beachtet von der Öffentlichkeit – noch eine andere Maßnahme der europäischen Politik zur Flüchtlingsabwehr dazu, dass der Weg nach Europa für Afrikaner immer tödlicher wird: Die EU hat auch mit den Sahelstaaten Abkommen geschlossen, damit sie mit Mitteln der EU Aktionspläne gegen die Migration auflegen. Die EU-Grenzen sollen damit quasi ‚vorverlagert‘ und verstärkt werden. Nun bewachen nigrische Polizei und Militär im Auftrag europäischer Mitgliedstaaten zusätzlich auch noch die altbekannten Handelswege durch die Sahara, besetzen Wasserstellen und Ortschaften, sodass Migrantinnen und Migrantinnen auf lebensgefährliche, weil nicht hinlänglich gespurte, einsame Umwege durch die Wüste ohne Wasserstellen ausweichen müssen. „Der Preis der Sicherheit im Sahel“ - wie eine von Brot für die Welt mit dem Netzwerk Fokus Sahel und zahlreichen Partnerorganisationen aus Niger, Mali und Tschad im Dezember 2018 durchgeführte Fachtagung in Berlin hieß, bei der auch Mandats- und Entscheidungsträger aus Ministerien und dem Deutschen Bundestag mitdiskutierten - , ist sehr hoch: In der Sahara sind ohnehin seit 2014 auch ohne diese Verschärfung schon rund 30.000 Menschen gestorben, schätzt die IOM. Die Dunkelziffer der Menschen, die ‚auf dieser Strecke‘ bleiben, ist noch viel höher als im Mittelmeer.

Brot für die Welt engagiert sich mit Partnerorganisationen aus der Region sowohl in der Advocacy Arbeit als auch konkret in der Unterstützung der Gestrandeten vor Ort.

Bilanz 2018

Insgesamt standen Brot für die Welt 2018 für die Entwicklungsarbeit Gesamteinnahmen von 307 Millionen Euro (2017: 282 Mio. Euro) zur Verfügung. Das ist ein Plus von knapp neun Prozent.

Die drei finanziellen Säulen des Werkes Brot für die Welt sind Spenden und Kollekten (63,6 Mio. Euro), kirchliche Mittel (55,7 Mio. Euro) und – im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V. (EZE) und der Dienste in Übersee gemeinnützige GmbH (DÜ) – staatliche Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ; 168,3 Mio. Euro).

Die Entwicklung im einzelnen:

Brot für die Welt hat im vergangenen Jahr das vierbeste Spendenergebnis seit Gründung 1959 erzielt. Spenden und Kollekten haben sich um 1,8 Millionen Euro auf mehr als 63,6 Millionen Euro erhöht. Hinzu kamen Nachlässe in Höhe von 1,6 Mio. Euro (minus 2,3 Mio. €) und Bußgelder, die mit rund 0,4 Millionen Euro deutlich niedriger ausfielen als 2017 (minus 0,3 Mio. Euro).

Um gut eine Million Euro gestiegen sind die Mittel des Kirchlichen Entwicklungsdienstes. Das sind die Gelder, die die Landeskirchen für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen und die vor allem aus Kirchensteuermitteln kommen. Hier standen insgesamt rund 55,7 Mio. Euro zur Verfügung. Die Bundesmittel, das sind vor allem Mittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), stiegen um gut 21 Mio. Euro auf insgesamt 168,3 Mio. Euro an, die sonstigen Erträge auf 14,6 Mio. Euro (plus 6,8 Mio. Euro).

Die Gesamtaufwendungen von Brot für die Welt haben sich im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um 27,8 Millionen Euro oder zehn Prozent auf rund 305 Millionen Euro deutlich erhöht. Die Projektausgaben umfassten insgesamt 278,2 Mio. Euro, das sind 91,2 Prozent der Mittel. Die Ausgaben für Verwaltung lagen bei 6,2 Prozent, für Werbung und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit wurden 2,6 Prozent der Mittel aufgewandt. Damit liegt das Werk gemäß Spendensiegel des DZI im niedrigen Bereich.

Im Jahr 2018 haben wir 726 Projekte in 79 Ländern neu bewilligt. Die meisten waren Projekte zur Ernährung und zur ländlichen Entwicklung. Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen spielt in der Projektarbeit ebenso wie der Klimaschutz eine wichtige Rolle. Regionale Schwerpunkte waren Afrika mit 246 Projekten sowie Asien und Pazifik mit 216 Projekten. Beide Schwerpunkte spiegeln sich auch in den Projektmittelausgaben wider: Für Afrika haben wir mit 137 Millionen Euro die meisten Mittel bewilligt, für Asien und Pazifik zusammen 133 Millionen Euro.

Die Laufzeit eines Projekts beträgt im Schnitt drei Jahre. Zu den aktuell bewilligten 726 neuen Projekten kommen die Projekte, die wir bereits bewilligt haben und für die kontinuierlich die dafür zurück gelegten Mittel aus den beiden Vorjahren fließen. Insgesamt fördern wir aktuell aktiv also mehr als 1500 Projekte in 90 Ländern.

In diesem Jahr wird Brot für die Welt 60 Jahre alt. Anlass für uns, über das Jahr verteilt mit Aktionen auf unsere Arbeit hinzuweisen und danke zu sagen. Ich danke - auch und vor allem im Namen unserer Projektpartner – allen Spenderinnen und Spendern sowie den kirchlichen und politischen Entscheidungsträgern für ihr Vertrauen in unsere Arbeit und ihre verlässliche Unterstützung. Dieses Vertrauen ist uns Auftrag und Verpflichtung.

„Hunger nach Gerechtigkeit“ ist das Thema unserer 60. Aktion. Als evangelisches Hilfswerk setzen wir auf eine Politik, die die Menschenrechte achtet und das Engagement der Zivilgesellschaft stärkt. Die aktuellen Entwicklungen hinsichtlich der Seenotrettung erfüllen uns mit Sorge. Die Bundesregierung sollte weiterhin gegen die Kriminalisierung der Helfenden vehement eintreten und gleichzeitig politische Lösungen in Europa herbeiführen, um die Abschottung der Europäischen Union zu beenden. Unsere Partner weltweit bauen darauf – ebenso wie auf den beherzten Einsatz Deutschlands im Kampf gegen den Klimawandel.

Vielen Dank.